



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891-88

Fernschreiber 0886890

P/XII/3 - 4. Januar 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Spannung oder Rückkehr zur Blockpolitik?	S. 1
Innenpolitische Krisenwochen in Amerika	S. 3
1692,-- DM - die Monatspension eines Hauptschuldigen	S. 5
Die Klage des "Rheinischen Merkur"	S. 6

Chruschtschows Neujahrsansprache nicht überbewerten!

G.F. Die Neujahrsansprache Chruschtschows, in der von dem russischen Parteisekretär erklärt worden war, alle sowjetischen Führer seien gegenüber dem westlichen Imperialismus "Stalinisten" und "Stalin sei größer gewesen als seine Fehler", hat im Westen verschiedentlich die Meinung aufkommen lassen, die russische Politik gehe wieder auf ihren Ausgangspunkt der Stalin-Ära zurück. Aus dieser Vermutung wurde sogar gefolgert, man sollte alle Überlegungen der letzten Monate über eine in Bewegung geratene Weltpolitik über Bord werfen und zur militärischen Blockpolitik zurückkehren.

Es ist nicht ganz sicher, ob Chruschtschows überraschende Rede durch die aus Washington kommende Ankündigung einer auch militärisch aktiven Nahost-Politik der Vereinigten Staaten ausgelöst wurde, oder ob er sich auf Grund parteiinterner Auseinandersetzungen genötigt gesehen hat, seine Rolle als "Anti-Stalinist Nr. 1", in die er sich seit dem 20. Parteikongress hineingespielt hatte, wieder aufzugeben. Wie dem auch sei: Es wäre sicher falsch, die Rede Chruschtschows überzubewerten, da man in diesem Falle die prinzipielle Bereitschaft Eisenhowers, erneut die Abrüstungsverhandlungen zu beleben, das Gespräch Eisenhower-Makru und nicht zuletzt die Ereignisse in Polen und Ungarn außer acht lassen müsste.

Der Entstalinisierungsprozess in allen kommunistischen Parteien ist nicht aufzuhalten. In Polen hat er zu bedeutsamen auswärtigen

Veränderungen geführt, und sogar in Ungarn scheiner - nach den letzten Meldungen aus Budapest zu urteilen - die Russen zu innenpolitischen Konzessionen bereit zu sein, soweit durch diese ihre militärpolitischen Interessen in Ungarn nicht verletzt werden. Über den Auflockerungsprozess auch in anderen Staaten jenseits des Eisernen Vorhanges weiss man in Deutschland noch nicht allzuviel. Man würde sicher mehr wissen, wenn die Bundesregierung endlich ihre Zurückhaltung im Hinblick auf die Herstellung normaler Beziehungen zu diesem Staat aufgeben würde. Immerhin ist jedoch bekannt geworden, dass auch in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Bulgarien besonders wirtschaftliche Veränderungen eingeleitet wurden, die man noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätte. Jede dieser Veränderungen bedeutet für die Bevölkerung dieser Länder ein Stückchen Freiheit mehr, und jeder Millimeter Freiheit jenseits des Eisernen Vorhanges ist ein Fortschritt im Sinne der Demokratie. Nicht ein Fortschritt, der sich mit westlichen Massstäben messen lässt, der aber trotzdem auf die Dauer nicht überschauen werden kann. Die Aussonministerien anderer westlicher Staaten wissen besser als es allgemein in der Öffentlichkeit bekannt ist, wie stark die Versuche gerade der genannten Länder jenseits des Eisernen Vorhanges sind, mit den Western irgendwie in Kontakt zu kommen ...

Würde man in dieser Situation die Neujahresansprache Chruschtschows also auf die Goldwaage legen und wieder zur starren Politik der Militärblöcke und des hemmungslosen Mettrüstens zurückkehren, dann müsste man viele Ansatzpunkte zur Entspannung zwischen Ost und West, die sich in den letzten Monaten gezeigt haben, wieder aufgeben. Das aber wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung aller jener Keime der Freiheit, die auch jenseits des Eisernen Vorhanges sichtbar geworden sind.

Für Deutschland ergäbe sich dann die Unmöglichkeit, die zahlreichen in der Weltpolitik vorhandenen Entspannungsfaktoren zugunsten einer aktiven Politik der Wiedervereinigung einsetzen zu können.

Vor harten Auseinandersetzungen im Senat

H. S., New York, Anfang Januar

Die Sessionseröffnung des Kongresses ist jedes Jahr ein innenpolitisches Ereignis von Bedeutung - aber ganz besonders gilt das, wenn gleichzeitig ein neu gewählter oder wiedergewählter Präsident sich mit seiner Programmklärung diesem Kongresse vorstellt. Und ganz ungewöhnlich voll von potentiellen Krisenmomenten ist die Lage, wenn Präsident und Kongressmehrheit verschiedenen Parteien angehören, also eine parteipolitische Spannung zwischen der Regierung und der Parlamentsmehrheit (auf die die Regierung angewiesen ist) von Anfang an die Staatsgeschäfte überschattet. Alles das ist zur Zeit der Fall.

Vorrang Innenpolitik

Ein paar Monate lang hatte in Amerika die Innenpolitik geschwiegen. Unter dem tiefen Eindruck der weltweiten Krisen vom vergangenen Herbst vom Suezkanal und von Ungarn, unter den Donnerschlägen des Zusammenbruchs der amerikanisch-englisch-französischen Allianz und im Anblick der mindestens ebenso tiefen Risse und Sprünge im kommunistischen Ostblock, hatte man - naheliegend und verständlich genug - die vorher so brennenden und plötzlich zu Banalitäten herabgesunkenen Fragen der Innenpolitik völlig vergessen. Fast gleichgültig nahm das Volk von der doch so triumphalen Wiederwahl Präsident Eisenhowers Kenntnis und der gleichzeitigen Niederlage von Eisenhowers republikanischer Partei in den gleichzeitigen Kongresswahlen - und ohne dem Sieger des Wahltages Fackelzüge und Jubelparaden darzubringen, drängte sich das ganze Volk gespannt um die Rundfunklautsprecher, um dem Gang der Ereignisse am Nil und an der Donau zu folgen.

Langsam nur änderte sich dieser Zustand, langsam nur stellte sich ein normales Gleichgewicht wieder her. Mit Nassers Allicinkontrolle über den Suezkanal hat man sich abgefunden, der englisch-französische Waffenstopp am Kanal gehört der Vergangenheit an, für die ungarischen Flüchtlinge sorgt man recht und schlecht, in die Gärungen jenseits des Eisernen Vorhanges kann und will man nicht eingreifen: so gilt es als annehmbar, sich wieder einmal nach den Geschehnissen im eigenen Lande anzuschauen. Es gibt da in der Tat Dinge, die des Hinblickens wert sind: in den Rassenbeziehungen zwischen Schwarz und Weiss in den Südstaaten gibt es Neues, der Finanzminister in Washington erklärt kategorisch, dass eine Steuererhöhung nicht in Betracht komme, wohl aber möglicherweise umgekehrt eine Steuererhöhung gefordert werden müsse - und im Pentagon brallen Abrüstungs- und Aufrüstungstendenzen auf bizarre Art zusammen. Alles das gibt der jetzt beginnenden Session des Kongresses ein etwas krisenhaftes Aussehen; jedermann gibt offen zu, dass die Ära des sorglosen "Laissez Aller", die die erste Amtsperiode Präsident Eisenhowers charakterisiert hatte, unwiderruflich vorbei und vorüber ist.

Rassenschränken fallen

Die Mauern der Rassentrennung fallen eine nach der anderen, fast immer auf Grund von Entscheidungen der obersten Bundesgerichte. Seit vor zwei Jahren die Rassentrennung in den Schulen verfassungswidrig erklärt worden war, haben nachfolgende Gerichtsentscheidungen das gleiche für Rassentrennungen in städtischen Parks und Badeanstalten, Sportplätzen und städtischen Autobuslinien proklamiert; die für effektive

Gleichberechtigung kämpfenden Neger-Politiker und Neger-Rechtsanwälte erringen einen Sieg nach dem anderen. Die praktischen Folgen dieser Gerichtsentscheidungen lassen manchmal auf sich warten: aber in vielen Südstaaten sind die Schulen doch schon "integriert" worden, in einigen Staaten des Südens fahren Weiße und Schwarze jetzt friedlich nebeneinander in den öffentlichen Verkehrsmitteln - und was gestern noch neu war, wird heute allmählich selbstverständlich. Unter diesen Umständen hoffen liberale Parlamentarier, endlich auch konkrete Bürgerrechtsgesetze im Kongress durchzusetzen zu können und greifen darum die alte Sitte des "Filibuster" im Senat an, d.h. jene Geschäftsordnungsbestimmung, die einer Minderheit (z.B. von konservativen Südpolitikern) erlaubt, durch unbegrenzte Dauerreden jeden von ihnen bekämpften Gesetzentwurf zu Tode reden zu können.

Es steht also ein bitterer Kampf im Senat bevor, in dem die Liberalen beider Parteien gegen den Paragraphen ankämpfen, der jeder Senator unbegrenzte Redezeit erlaubt (was es wohl in keinem anderen Parlament auf Erden gibt) - und den sie durch eine erleichterte Bestimmung, "Schluss der Debatte" beschliessen zu können, ersetzen wollen. In diesem technischen, hearspelterischen und legalistischen Kampf liegt in der Tat die ganze Zukunft amerikanischer Bürgerschutzgesetzgebung verborgen, und der Ausgang dieser für europäische Betrachter schwer verstehbar ohne Auseinandersetzung wird daher in Amerika mit fieberhafter Spannung erwartet.

Wilson's Stellung gefährdet

Nicht minder heftig aber werden sich andere innenpolitische Themen zum Vort. Bulgarene Abrüstungsnoten und Eisenhowers Gegenvorschläge auf Rüstungskontrolle können nichts daran ändern, dass 1957 Amerika mehr Geld für seine Landesverteidigung ausgeben wird als in den letzten drei Jahren. Es ist nicht so, dass Amerika direkt und regulär erneut aufzurüstet: es ist vielmehr so, dass der Pentagon, d.h. das Verteidigungsministerium, jahrelang eine etwas leichtsinnige Methode angewandt hat, nach aussen "sparsam" zu erscheinen und sich damit beliebt zu machen - und dabei leichtfertig von den "Vorräten" gelebt hat. Neue Flugzeuge wurden nur in Prototypen angefertigt, was nicht viel Geld kostet, nicht aber in der militärisch notwendigen Massenproduktion; Kredite für Militärausgaben mit langer Laufzeit, z.B. ballistische Forschungen oder Experimente mit Fernlenkgeschossen, wurden vorschnell aufgebraucht, so dass Gelder, die eigentlich 1957 noch vorhanden sein sollten, schon verpuscht sind - und jetzt rächt sich diese Methode.

Diese Situation in der Landesverteidigung hat in der Öffentlichkeit schon böses Blut gemacht und wird bestimmt im Kongress, der eine parlamentarische Untersuchung der Finanzgebarung im Pentagon beschliessen dürfte, erst recht grosse Aufregung hervorrufen. Zusätzliche Milliarden für Luftwaffe und Flotte würde man bedenkenlos bewilligen, wenn die Abflage es heischen oder die Garantie für die Sicherheit Amerikas verneuert werden würde: aber nur um eine waghalsige Buchhaltungspraxis der Bürokratie in Ordnung zu bringen, wird man ungern Gelder bewilligen und dazu neue erhöhte Steuern ausschreiben. Eine Krise nicht in der Landesverteidigung selber, wohl aber in ihrer administrativen Spitze steht also bevor; sie mag Minister Wilson (der allerdings sowieso nie amte-mitte gilt) den Kabinettsessel kosten und möglicherweise ein latentes "Malaise", eine unehagliche Vertrauenskrise im Volk gegen die Spitze

der Landesverteidigung, hervorrufen.

Unbestrittene Autorität Eisenhowers

Andererseits soll man die Dinge nicht überspitzen. Das Ansehen des wiedergewählten Präsidenten ist gross, und die Bereitwilligkeit der in Kongress die Mehrheit darstellenden demokratischen Oppositionspartei, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, ist echt und im wesentlichen unbestritten. Eine Allianz zwischen Regierung und Opposition deutet sich an, die eine recht solide Grundmauer der amerikanischen Innenpolitik sein dürfte; man wird fortan viel von Krisen, Spannungen und innoren Kämpfen reden, aber die Grundmauern des Landes werden sie nicht zu erschüttern vermögen.

+ + -

Lücke in der Gesetzgebung

mu, Lübeck

Noch immer bekommt der ehemalige Oberreichsanwalt beim damaligen Volksgerichtshof des Dritten Reiches, Dr. Lautz, in Lübeck vom Pensionsamt der schleswig-holsteinischen Landesregierung monatlich seine Ruhestandsbezüge ins Haus geschickt. In der Zeit von 1. April 1952 bis zum 1. Dezember 1953 bekam dieser Mann monatlich 1692,-- DM. Vom 1. Dezember 1953 ab wurden dann seine monatlichen Bezüge auf 1342,-- DM herabgesetzt, weil man herausgefunden hatte, dass Lautz im Dritten Reich wegen seiner Beziehungen zum Nationalsozialismus Oberreichsanwalt wurde.

Seitdem bekommt er diese Bezüge, obwohl "sein Fall" vor über Jahresfrist bereits ganz erhebliches Aufsehen in der Bundesrepublik erregt hatte und sogar Bundestagspräsident Dr. Gerstenmeier eine Abänderung der Bestimmungen über die Ruhestandszahlungen an ehemalige NS-Grössen forderte. Obgleich Lautz in der Zeit von 1. April 1952 bis 1. Dezember 1953 rund 11 000 DM zuviel an Bezügen bekommen hat, (statt 1342,-- DM waren es 1692,-- DM), sah man in der Kieler Landesverwaltung keine Möglichkeit, die zuviel gezahlten Beträge wieder abzurufen. Das könnte mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbart werden.

So kann man dann feststellen, dass Lautz inzwischen rund 104 000 DM an Pensionen bezogen hat. Diese Zahlungen laufen nunter weiter, denn das vom Bundesinnenminister Dr. Schröder eingeleitete Disziplinarverfahren, welches eine Reduzierung der Pensionen ermöglichen würde, ist noch nicht zum Abschluss gekommen.

Von Dr. Lautz ist bekannt, dass er vor dem Volksgerichtshof mehr-

4. 1. 1957

fach die Todesstrafe von Hitlergegnern forderte. Er zeichnete auch die Vollstreckungen von Todesstrafen gegen. So ist ein Dokument erhalten, in dem die Hinrichtung des preussischen SPD-Landtagsabgeordneten Eduard Zechert, der 1934 ins KZ kam, mit folgenden Worten bestätigt wird:

"Betrifft: Vollstreckung der Todesstrafe an den Vertreter Eduard Zechert. Todesstrafe ist am 22. Juli 1943 vorschriftsmäßig vollstreckt worden. Die Hinrichtung ist ohne Zwischenfall verlaufen. Sie hat vom Zeitpunkt der Vorführung bis zur Vollzugsmeldung 14 Sekunden gedauert. Den anliegenden Erlass reiche ich zurück.

Lautz"

Dieser "Oberreichsanwalt" Lautz, unter dessen Mitverantwortung im Dritten Reich zahlreiche Menschen vom Volksgerichtshof zu Unrecht zum Tode verurteilt wurden, hat zwischen dem 1. April 1951 und der 31. Dezember 1956 fast 104 000 DM an Pensionen bekommen. Geht man davon aus, dass ein Rentner 100 DM monatlich erhält, so müsste dieser Rentner von der Summe, die Lautz in fünf Jahren und neun Monaten bekam, fast 87 Jahre lang leben. Dafür hat dieser Rentner sich dann nicht an der unrechtmäßigen Tötung von Gegnern des Dritten Reiches mitschuldig gemacht.

Ähnliche Betrachtungen lassen sich an vielen weiteren Beispielen anstellen. Der Ex-Generalfeldmarschall Milch bekommt Monat für Monat 1281,-- DM und die Monatsrente für die aus der Nürnberger Haft zurückgekehrten Admirale Dönitz und Raeder liegt in etwa gleicher Höhe. Wenn man von diesen ehemaligen Militärs auch nicht behaupten kann, dass sie in die Reihe der NS-Verbrecher gerückt sind, wie es bei Lautz der Fall war, so wird man doch auch hier ein ungutes Gefühl nicht los, wenn man an jenen Rentner denkt, der Monat für Monat mit 100 DM sein Leben fristen muss.

+ + +
Riese ohne Stimme

so. Ein wohlwollendes Lamento über die innere geistige und organisatorische Verfassung der - vorläufig noch - größten Regierungspartei und ihren trüben Zukunftsaussichten stimmte in seiner ersten Ausgabe dieses Jahres der "Rheinische Merkur" an. Er beklagt es,

dass es faktisch keine Regierungspropaganda gibt, um die "Sprache

der Tatsachen" den Volk zu verdolmetschen;
dass die Partei der absoluten Mehrheit im Bundestag einem zu-
zeiten wie ein Riese ohne Stimme vorkomme;
dass die CDU im deutschen Pressewesen nur eine schwache Position
habe, der politische Ton im Rundfunk von den linken Kommentatoren
angegeben werde; hier habe die CDU personalpolitisch versagt;
dass die "Asse" der Partei, statt schön zu Hause zu bleiben, ir-
gondwo auf fremden Kontinenten gerade dabei sind, "ihren Hori-
zont zu erweitern" oder in Strassburg, Luxemburg und sonstwo auf-
treten müssen und dass sie von nun an wieder viel mehr als in den
letzten Jahren "ins Volk" gehen müssen, und schliesslich
dass die CDU ihre innere Unsicherheit (!) überwinden und wieder
zu sich selbst und einem gesunden Selbstvertrauen zurückfinden
muss.

Wenn all dem so sein sollte, wie es das Leibblatt des Kanzlers
verrät - was jedoch nicht zutrifft - was geschieht dann eigentlich mit
den Reptilienfonds des Bundeskanzlers, was tun die ungezählten Tarnor-
ganisationen der Bundesregierung, deren reichlich dotierte Finanzie-
rungsquellen im Dunkeln liegen? Ist all die Arbeit umsonst getan,
schlief sie bei dem Nationalcharakter der Deutschen nicht mehr an,
denn auch an diesem hat der "Rheinische Merkur" viel auszusetzen.

Blatt:

Nur eines übersieht das Innen- und aussenpolitisch schlägt heute der
Wind der CDU ins Gesicht, sie schwimmt gegen den Strom der Volksmein-
ung. Ihre sogenannte grosse Zeit ist vorbei, sie gleicht nicht dem
Riesen ohne Stimme, sondern einem Koloss, dem selbst die geschickte-
ste Propaganda und alle künftigen Volksreden der CDU-Asse nicht mehr
belchenden Oden einzusaugen vermögen. Eine politische Vorstellungswelt,
die im zweiten Nachkriegsjahrzehnt an ständigem Substanzverlust leidet,
lässt sich eben für die Zukunft nicht sehr hindürr retten.

Doch schön war es vom "Rheinischen Merkur", dieses Klageglied anzu-
stimmen. War es wohl als Geburtstagsgeschenk für den Vorsitzenden der
CDU und gegenwärtigen Bundeskanzler Dr. Adenauer gedacht?

- + -

Verantwortlich: Günther Markscheffel